C: Teilnahmeantrag

Name des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft

Bei Bewerbergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Gemeinschaft

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft

Steuernummer und ggf. Umsatzsteuer-ID des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft

Handelsregistereintragung des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft, soweit vorhanden

Angaben zur Unternehmensgröße des Bewerbers
☐ **Kleinst**unternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)
☐ **Kleines** Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz)
☐ **Mittleres** Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz)
☐ **Groß**unternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)

Angabe zur Nationalität des wirtschaftlich Berechtigten
☐ Das Unternehmen **ist** börsennotiert.
☐ Das Unternehmen **ist nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatangehörigkeit: ……..

Ich/wir bewerbe/n mich/uns um die Teilnahme an dem Vergabeverfahren. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unser Teilnahmeantrag umfasst <u>neben diesem Formblatt</u> folgende Bestandteile:

1. **Haftpflichtversicherung.**
   Bitte Deckungsbestätigung oder rechtsverbindliche Erklärung zur Deckungsgewährung der Berufshaftpflichtversicherung beifügen.

2. **Referenzblatt (Anlage C01).**
   Bitte füllen Sie das Referenzblatt vollständig aus. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

3. **Nachunternehmerverzeichnis (Anlage C02).**
   Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Ziffer II.2. der Verfahrensbedingungen (**Teil A**). **Bitte geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

4. **<u>Im Falle der Eignungsleihe:</u> Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage C03) in erforderlicher Anzahl.**
   Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Ziffer II.3. der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

5. **<u>Im Falle einer Bewerbergemeinschaft:</u> Rechtsverbindlich unterzeichnete Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage C04).**
   Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Ziffer II.4. der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

I. Jahresumsatz

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

	Jahresumsatz insgesamt	**Jahresumsatz aus Projektsteuerungsleistungen**
2023		
2024		
2025		

II. Erklärung zu gesetzlichen Ausschlussgründen

1. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Be-

dienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt wurde**, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

2. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

3. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung **begangen wurde**, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

III. Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Bitte ankreuzen:

☐ Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und

2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
   - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
   - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
   - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
   - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

☐ Soweit ich/wir Nachunternehmer einsetze/n, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns weiterhin, den eingesetzten Nachunternehmern die vorstehende Erklärung sowie ggf. den Nachweis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und diese Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen.

IV. Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09.04.2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bewerber oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit

mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

☐ Der Bewerber/die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/an einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
c) durch das Handeln des Bewerbers/eines Mitglieds der Bewerbergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.